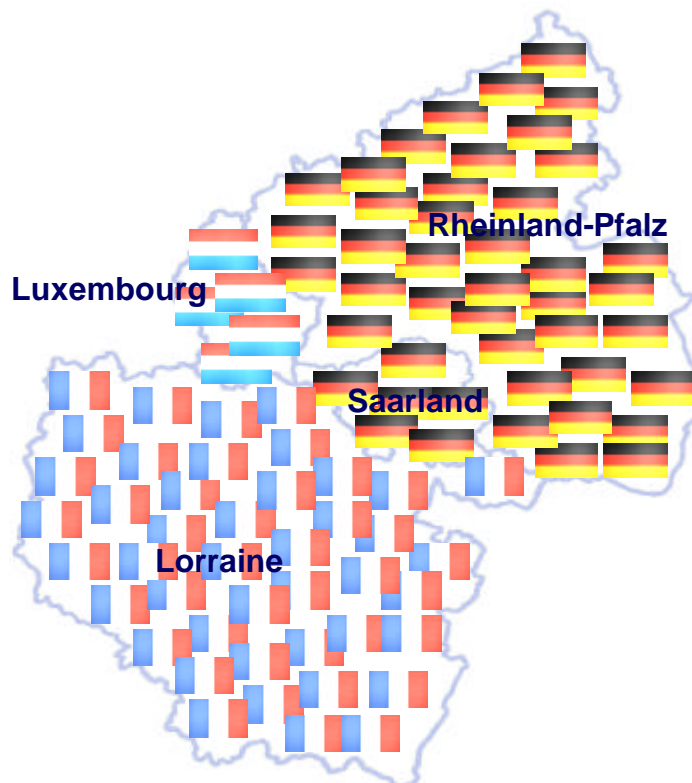


# HANDBUCH

## SOZIALE SICHERUNG IN FRANKREICH, DEUTSCHLAND UND LUXEMBURG

### Terminologische Untersuchung



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>4</b>
<b>2. Die Begrifflichkeit der sozialen Sicherung in Deutschland</b> .....	<b>5</b>
2.1 Soziale Sicherung vs. Soziale Sicherheit .....	5
2.2 Sozialversicherung .....	6
2.3 soziale Fürsorge .....	8
2.4 Sozialförderung .....	8
2.5 soziale Entschädigung .....	9
2.6 Fazit .....	9
2.7 Die Termini des deutschen Systems im Überblick.....	10
2.8 Die Institutionen im deutschen System .....	11
<b>3. Die Begrifflichkeit der sozialen Sicherung in Frankreich</b> .....	<b>13</b>
3.1 Sécurité sociale .....	13
3.2 Assurances sociales .....	14
3.3 Fazit .....	17
3.4 Die Termini des französischen Systems im Überblick .....	18
3.5 Die Institutionen im französischen System.....	18
<b>4. Die Begrifflichkeit der sozialen Sicherung in Luxemburg</b> .....	<b>21</b>
4.1 Protection sociale .....	21
4.2 Assistance sociale .....	23
4.3 Fazit .....	24
4.4 Die Termini des luxemburgischen Systems .....	25
4.5 Die Institutionen im luxemburgischen System .....	26
<b>5. Vergleichbarkeit</b> .....	<b>28</b>
<b>6. Literaturverzeichnis</b> .....	<b>33</b>

## 1. Einleitung

Bei diesem Handbuch handelt es sich um eine terminologische Untersuchung zum Thema soziale Sicherung in Frankreich, Luxemburg und Deutschland. Die Ergebnisse der terminologischen Untersuchung werden mittels einer Datenbank aufbereitet und sind via Internet abrufbar. Ziel ist es, Benutzern – Grenzgängern in der Region ebenso wie Experten und Beratern – unabhängig von ihren Sprachkenntnissen eine Plattform zu bieten, um sich gezielt über länderspezifische Ausprägungen und Besonderheiten der sozialen Sicherung in den drei Ländern informieren zu können. Die Aufbereitung der Datenbank und der Erstellung der Internetseiten erfolgte innerhalb eines zweiten Projektes. Jedoch ist diese terminologische Untersuchung als Basis für die Konzeption des Folgeprojektes unabdingbar.

In Folgenden werden zentrale Termini zum Thema soziale Sicherung definiert und die Beziehung, die sie zueinander aufweisen, graphisch erfasst. Dazu indem sie in ein für jedes Land spezifisches System eingebettet werden. Um herauszufinden, ob sich die Termini in den drei Ländern entsprechen, werden sowohl die Definitionen als auch die Begriffssysteme miteinander verglichen. Die terminologische Untersuchung dient aber nicht nur dem Ziel, Entsprechungen aufzuspüren. Es geht auch darum, eine kontrastive Analyse der sozialen Sicherungssysteme der drei Länder durchzuführen. An einer solchen Gegenüberstellung zeigt sich einerseits die Unübersetzbarkeit gewisser Termini. Dies trifft sowohl auf einzelne Sozialversicherungen als auch auf die Sozialversicherungsträger zu. An dieser Stelle ist es deshalb nötig, Leistungen und Kompetenzen bezüglich der sozialen Sicherung zur Grundlage von Zuordnungen zu machen. Andererseits wird die Inkompatibilität der Systeme deutlich. Die Unterschiedlichkeit der sozialen Sicherungssysteme der drei Länder und die Unübersetzbarkeit einiger Termini, die systembedingt im Partnerland unter derselben Form schlicht nicht existieren, decken begriffliche Lücken auf. Diese Lücken werden in terminologischen Untersuchungen normalerweise behoben, indem neue Begriffe kreiert werden. In diesem Handbuch wird jedoch auf die Einführung neuer Termini verzichtet. Denn daraus würden Verzerrungen der Systeme resultieren, die dazu führen könnten, dass dem Benutzer ein falsches Bild der sozialen Sicherung vermittelt würde.

Während im Handbuch Leistungen der einzelnen Sozialversicherungszweige nur genannt werden, bietet die Informationsplattform [www.grenzgaenger.eures-sllr.org](http://www.grenzgaenger.eures-sllr.org) bzw. [www.frontaliers.eures-sllr.org](http://www.frontaliers.eures-sllr.org) nähere Informationen zu diesen Leistungen und ihren Voraussetzungen. Eine solche Vorgehensweise resultiert daraus, dass auf der Ebene der Leistungen die Systeme nicht mehr kompatibel sind: Zwar gibt es Leistungen, die in allen Ländern ähnlich erscheinen, aber die Bedingungen, die ein Empfänger erfüllen muss, divergieren stark. Sie richtet sich insbesondere an Grenzgänger. Eventuelle Sprachprobleme wurden mitbedacht: Denn jeder erhält Informationen über das deutsche, französische oder das luxemburgische System auf deutsch und auf französisch. Lediglich zentrale Begriffe bleiben unübersetzt.

Das Projekt wurde im Rahmen eines EURES-Projektes realisiert und durch das rheinland-pfälzische Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit (MASFG) finanziert. Wesentliche Grundlage lieferte die von Eva Hartz verfasste im Jahr 2002 Examensarbeit zum Thema „Die soziale Sicherung von Grenzgängern in Frankreich, Luxemburg und Deutschland – Terminologische Untersuchung und Erstellung eines internetbasierten Informationssystems auf der Grundlage einer lexikalischen Datenbank“. Sie entstand im Rahmen eines Praktikums im Koordinierungsbüro des EURES-Transfrontalier Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz.

## 2. Die Begrifflichkeit der sozialen Sicherung in Deutschland

### 2.1 Soziale Sicherung vs. Soziale Sicherheit

Der Begriff soziale Sicherung wird in der deutschen Literatur nicht einheitlich gebraucht. Zudem bleibt die Differenz zwischen den beiden Termini soziale Sicherheit und soziale Sicherung diffus. Beide gelten als Übersetzung des Begriffs „social security“, welcher aus dem anglo-amerikanischen Recht stammt.<sup>1</sup> Der Terminus **soziale Sicherheit** wurde 1948 von den Vereinten Nationen definiert als „Hauptziel der Sozialpolitik“ zur „Minimierung sozialer Risiken [...], E. H.] für alle Gesellschaftsmitglieder bei gleichzeitiger Maximierung der von der Gesellschaft bereitgestellten Mittel zur Beseitigung bzw. Milderung der Folgen eingetretener Risiken.“<sup>2</sup> Die soziale Sicherung wird als System des „kollektiven Schutzes“, das mit Hilfe von Sozialleistungen „existenzgefährdende Risiken“ sowie eine „unzumutbare Verschlechterung“ der sozialen und wirtschaftlichen Stellung einer Person abmildert, verstanden.<sup>3</sup> Daraus resultiert, dass beide Termini synonym zu gebrauchen sind.

Die **soziale Sicherung** umfasst nach der Bundeszentrale für politische Bildung und in Anlehnung an die eben angeführte Definition

„alle staatlich geregelten oder verwalteten Einrichtungen und Maßnahmen, die das Ziel haben, für Bürgerinnen und Bürger soziale Sicherheit herzustellen, im engeren Sinne durch die Sozialversicherung gewährleistet.“<sup>4</sup>

Hierzu zählen auch die Familienbeihilfe, die Sozialhilfe oder vergleichbare Hilfen, die vom Staat übernommen werden.<sup>5</sup> Diese Definition verdeutlicht, dass soziale Sicherung als Aufgabe des Sozialstaates verstanden wird: Durch sozialpolitische Programme soll der Staat nämlich für sozialen Ausgleich unter dem Gebot der Solidarität<sup>6</sup> und der Subsidiarität<sup>7</sup> sorgen.

Konkretisiert werden die vom Staat durchzuführenden sozialpolitischen Programme im Sozialrecht respektive in den Sozialgesetzbüchern (SGB). Anders gewendet ist das Sozialgesetzbuch der Maßnahmenkatalog, der genau jene sozialpolitischen Strategien beinhaltet, mittels derer der Sozialstaat sein Ziel – Erreichen der sozialen Sicherung – umzusetzen sucht. Damit verkörpert der Begriff soziale Sicherung die Realisierung konkreter Maßnahmen des Sozialstaates, die jedes Mitglied der Gesellschaft vor sozialen Risiken schützen sollen. Vor diesem Hintergrund stellen Bley, Kreikebohm und Marschner die Termini Sozialrecht und Recht der sozialen Sicherheit, welches in den Sozialgesetzbüchern konkretisiert ist, gleich und betrachten die beiden Termini soziale Sicherung und Sozialrecht als Synonyme.<sup>8</sup>

Nun stellt sich die Frage nach der Definition des Begriffs des **Sozialrechts**. In der Fachliteratur stößt man auf die Unterscheidung zwischen formellem und materiellem Sozialrechtsbegriff: Vom formellen Sozialrechtsbegriff geht eine Definition des Sozialrechts, die rein die Inhalte des SGB aufführt, aus.<sup>9</sup> Dieser formelle Sozialrechtsbegriff wird im allgemeinen Teil des ersten Sozialgesetzbuches (SGB I) aufgegriffen. Denn das Sozialrecht wird in die Aspekte Sozialversicherung, soziale Fürsorge, Sozialförderung sowie Sozialversorgung, welche auch

<sup>1</sup> Vgl.: Tilch (Hrsg.); Band 3; 1992, S. 432.

<sup>2</sup> Bundeszentrale für politische Bildung; 1994, S. 124.

<sup>3</sup> Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung; 1987, S. 27.

<sup>4</sup> Bundeszentrale für politische Bildung; 1994, S. 124.

<sup>5</sup> Vgl.: Schäfers/Zapf (Hrsg.); 2001, S. 654.

<sup>6</sup> Solidarität bedeutet, dass die Gemeinschaft für Schäden, die dem Einzelnen entstehen, haftet.

Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung; 1994, S. 123.

<sup>7</sup> Subsidiarität hingegen bedeutet, dass der Staat dann Leistungen erbringt, wenn eine kleinere Einheit wie beispielsweise die Familie für diese Leistung nicht mehr aufkommen kann.

Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung; 1994, S. 125.

<sup>8</sup> Vgl.: Maydell/Ruland; 1996, S. 5.

<sup>9</sup> Vgl.: Bley/Kreikebohm/Marschner; 2001, S. 3f.

häufig mit dem Synonym soziale Entschädigung umschrieben wird, untergliedert. Im Unterschied zum formellen Sozialrechtsbegriff spielt der materielle Sozialrechtsbegriff auf die Aufgabe des Sozialrechts an: die Verwirklichung von „sozialer Hilfe“ und „sozialer Gerechtigkeit“ durch die Sicherstellung von Sozialleistungen.<sup>10</sup>

Soziale Sicherung ist demzufolge ein System von sozialpolitischen Maßnahmen, die im Sozialrecht respektive im Sozialgesetzbuch konkretisiert werden. Dieses System schützt ein Individuum mittels Leistungen der Sozialversicherung, der sozialen Fürsorge, der sozialen Förderung sowie der sozialen Entschädigung vor „existenzgefährdenden Risiken“ sowie „unzumutbaren Verschlechterungen“<sup>11</sup> der sozialen und wirtschaftlichen Situation.

Die Fragen, vor welchen Risiken die soziale Sicherung schützt respektive wann eine Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage unzumutbar wird, bleibt in dieser Definition unbeantwortet. Erst in den Begriffen Sozialversicherung, soziale Fürsorge, Sozialförderung und soziale Entschädigung werden diese weiter spezifiziert.

## 2.2 Sozialversicherung

Die Sozialversicherung wird definiert als gesetzliche, beitragsfinanzierte Pflichtversicherung, die Risiken wie Krankheit, Mutterschaft, Alter, Unfall, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit durch Leistungen mindert.<sup>12</sup> Aus den ermittelten Risiken – die als einschränkende Merkmale zu sehen sind – ergeben sich die Unterbegriffe der Sozialversicherung: Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung, Unfallversicherung sowie Arbeitsförderung. Das einzige Risiko, für welches nicht in gleicher Weise ein zusammengesetzter Begriff gebildet wurde, ist das der Mutterschaft.

Daraus lässt sich ableiten, dass sich der Terminus Sozialversicherung über seine Unterbegriffe definiert. Die einzelnen Zweige der Sozialversicherung lassen sich anhand der oben angeführten Risiken sowie anhand ihrer spezifischen, auf die Minderung dieser Risiken abzielenden Leistungen voneinander abgrenzen.

Die **Krankenversicherung** schützt bei Krankheit. Sie gewährt den Versicherten gesetzlich festgelegte Sach- und Geldleistungen.<sup>13</sup> Diese Leistungen sind ärztliche Behandlung, zahnärztliche Behandlung, Zahnersatz, Versorgung mit Arznei- und Verbandsmitteln, Heilmittel, Krankenhausbehandlung, häusliche Krankenpflege, Krankengeld, medizinische Leistungen zur Rehabilitation, medizinische Früherkennung, kieferorthopädische Behandlung, Krankengeld und Urlaub zur Pflege des erkrankten Kindes sowie Fahrtkosten.<sup>14</sup> Versicherungsträger und damit für die Leistungsgewährung verantwortlich sind die Krankenkassen.<sup>15</sup>

In die Krankenversicherung sind auch Leistungen bei Mutterschaft wie Mutterschaftsgeld und -hilfe, ärztliche Pflege und Betreuung integriert. Diese werden von den Krankenkassen finanziert. **Mutterschutz** ist eigentlich eines der „Kernstücke des Frauenarbeitsschutzes“ und nicht des Sozialrechtes und verfolgt das Ziel, werdenden Müttern Sozialschutz zu gewähren.<sup>16</sup> Arbeitsrechtlich geregelte Leistungen sind die Schutzfrist und der Kündigungsschutz innerhalb gewisser Zeiten vor und nach der Entbindung, welche in Absprache mit dem Arbeitgeber zugestanden werden müssen.<sup>17</sup> Dennoch können diese Leistungen laut Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung unter den Terminus soziale Sicherung gebündelt werden.<sup>18</sup> Außerdem

---

<sup>10</sup> Vgl.: Bley/Kreikebohm/Marschner; 2001, S. 4.

<sup>11</sup> Bundeszentrale für politische Bildung; 1987, S. 27.

<sup>12</sup> Vgl.: Nohlen (Hrsg.); 2001, S. 474f.

<sup>13</sup> Da die Leistungen im Einzelnen in der Datenbank beschrieben sind, werden sie an dieser Stelle lediglich aufgelistet.

<sup>14</sup> Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; 2003, S. 14ff.

<sup>15</sup> Vgl.: Tilch; Band 2; 1992, S. 774f.

<sup>16</sup> Vgl.: Tilch; Band 2; 1992, S. 1079.

<sup>17</sup> Vgl.: Tilch; Band 2; 1992, S. 1079f.

<sup>18</sup> Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; 2001, S. 38ff.

können auch Leistungen wie ärztliche Betreuung und Pflege, Mutterschaftsgeld, Mutterschaftslohn und Entbindungsgeld dem Mutterschutz zugerechnet werden.<sup>19</sup>

**Arbeitsförderung** beinhaltet Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, „einen hohen Beschäftigungsstand zu erzielen und aufrecht zu erhalten sowie die Beschäftigungsstruktur zu verbessern und damit das Wachstum zu fördern.“<sup>20</sup>

Um dieses Ziel zu erreichen, finanziert die Arbeitsförderung über Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge sowie über staatliche Mittel Leistungen wie Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld, Winterbauförderung, Mobilitätshilfen, Altersteilzeit, Trainingsmaßnahmen und Existenzgründungszuschuss.<sup>21</sup> Träger der Arbeitsförderung ist die Bundesagentur für Arbeit mit ihren Untergliederungen, den Regionaldirektionen und den Arbeitsagenturen<sup>22</sup>. Des Weiteren werden Arbeitsvermittlung, Vermittlung von Ausbildungsplätzen sowie die Berufsberatung eingeschlossen.<sup>23</sup>

Die **Rentenversicherung** bietet Schutz im Alter und bei Invalidität. Für sie ist die Rentenzahlung charakteristisch, die sich aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen zusammensetzt. Auch sie ist eine Pflichtversicherung für Arbeiter und Angestellte. Beide Personengruppen unterliegen historisch bedingt zwei verschiedenen Systemen, deren Leistungen heute nicht mehr allzu sehr divergieren. Die Bundes- sowie die Landesversicherungsanstalten für Angestellte und für Arbeiter sind die Versicherungsträger.<sup>24</sup> Sie sind für die Zahlung der Regelaltersrente, der Waisenrente, der Altersrente für Frauen, der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit, der Witwenrente, der Erziehungsrente, der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung wegen Berufsunfähigkeit, der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung und der Rente wegen voller Erwerbsminderung, der Teilrente sowie einer staatlichen Zulage zuständig. Die vom Staat seit dem 01.01.2002 gezahlte staatliche Zulage ist keine originäre Leistung für das Alter. Da es sich hierbei aber um eine staatlich geförderte finanzielle Unterstützung beim Abschluss einer privaten Rentenversicherung handelt, kann die Zulage als Vorsorgeleistung vor finanzieller Not im Alter angesehen werden. Somit kann sie der gesetzlichen Rentenversicherung zugeordnet werden.<sup>25</sup>

Die **gesetzliche Unfallversicherung** mindert die Folgen eines Arbeits- oder Wegeunfalls sowie einer Berufskrankheit. Finanziert wird die Unfallversicherung lediglich vom Arbeitgeber.<sup>26</sup> Leistungen, die im Falle eines Arbeits- oder Wegeunfalls sowie einer Berufskrankheit erbracht werden, sind: Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und ergänzende Leistungen, Verletztengeld, Verletztenrente, Pflegegeld, Hinterbliebenenrente, Rentenabfindung, Sterbegeld und Waisenrente. Die Leistungsgewährung obliegt den Berufsgenossenschaften und den Unfallversicherungsträgern der öffentlichen Hand.<sup>27</sup>

Vor privater finanzieller Überlastung im Falle der Pflegebedürftigkeit schützt die **Pflegeversicherung**. Sie speist sich über Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge.<sup>28</sup> Ambulante Pflege, stationäre Pflege, teilstationäre Pflege, Urlaubsvertretung sowie Kurzzeitpflege sind Leistungen, die der pflegebedürftigen Person zustehen. Erbracht werden diese Leistungen von den Pflegekassen, eine den Krankenkassen beigeordnete Einrichtung. Die Höhe der

---

<sup>19</sup> Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; 2003, S.11

<sup>20</sup> Tilch; Band 1; 1992, S. 227f.

<sup>21</sup> Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft; 2004, S1ff, Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft; 2003, S. 1ff

<sup>22</sup> Tilch; Band 1; 1992, S. 228.

<sup>23</sup> Vgl.: Tilch; Band 1; 1992, S. 227f.

<sup>24</sup> Vgl.: Tilch; Band 3; 1992, S. 115ff.

<sup>25</sup> Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; 2001, S. 42ff.

<sup>26</sup> Vgl.: Tilch; Band 3; 1992, S. 694f.

<sup>27</sup> Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; 2001, S. 62ff.

<sup>28</sup> Vgl.: Creifelds, Horst; 1996, S. 936f.

Geldleistungen bei ambulanter, teilstationärer oder stationärer Pflege richtet sich nach dem Bedürftigkeitsgrad, den der medizinische Dienst schätzt.<sup>29</sup>

## 2.3 soziale Fürsorge

Die Sozialversicherung unterscheidet sich von der **sozialen Fürsorge** dadurch, dass bei ersterer die Pflichtversicherung und die Beitragszahlung als Merkmale angesehen werden können. Der Begriff soziale Fürsorge beinhaltet dagegen „alle Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, nach dem Gebot des Artikels 20 GG<sup>30</sup> die Bundesrepublik zu einem „sozialen“ Bundesstaat zu gestalten“<sup>31</sup>. Sie leistet somit einen Beitrag zur „Vermeidung bzw. Beseitigung von Armut“.<sup>32</sup> Häufig werden die Begriffe soziale Fürsorge und Sozialhilfe synonym verwendet, obwohl Sozialhilfe ein Unterbegriff zu sozialer Fürsorge darstellt. Diese Gleichstellung rührt daher, dass Sozialhilfe der einzige Unterbegriff zur sozialen Fürsorge ist: Soziale Fürsorge impliziert das Prinzip der Finanzierung aus öffentlichen Geldern, während sich hinter Sozialhilfe konkrete Maßnahmen verbergen. Creifelds definiert **Sozialhilfe** als

„Hilfeleistungen des Staates oder besonderer Rechtsträger für Personen in einer Notlage, die ihnen die Führung eines menschenwürdigen Lebens nicht ermöglicht und die sie durch eigene Mittel und Kräfte nicht beheben können.“<sup>33</sup>

Sie besteht aus Leistungen zum Lebensunterhalt und aus Leistungen in besonderen Lebenslagen.<sup>34</sup> Diese Zuwendungen werden – im Unterschied zur Sozialversicherung – unabhängig von den Ursachen der Bedürftigkeit gezahlt. Träger sind die Kommunen bzw. die dort eingerichteten Sozialämter.<sup>35</sup> Dieser Zweig der sozialen Sicherung kann lediglich angerissen werden, um den Benutzer in Kenntnis zu setzen.

## 2.4 Sozialförderung

Dem SGB I zufolge zielt die **Sozialförderung** auf die „Verwirklichung der Chancengleichheit“. Sie umschließt außer der Berufs- und Bildungsförderung auch den Familienlastenausgleich, das Wohngeld sowie die Kinder- und Jugendhilfe.<sup>36</sup> Aufgrund der Benutzerorientierung werden in diesem Zusammenhang jedoch nur der Familienlastenausgleich und das Wohngeld weiter erörtert und definiert.

Der **Familienlastenausgleich** steht in engem Zusammenhang mit dem Art. 6 GG<sup>37</sup>. Hierin wird die Familie unter den besonderen Schutz des Staates, der sich zur Förderung verpflichtet, gestellt. Der Familienlastenausgleich hat zum Ziel, die „durch Kinder entstehenden wirtschaftlichen Belastungen zu mindern“ sowie der Familie die Wahrnehmung ihrer „Erziehungs- und Schutzfunktion“ zu ermöglichen.<sup>38</sup> Als Leistungen, die unter den Familienlastenausgleich fallen, sind sowohl das Kindergeld, der Kinderfreibetrag und das Erziehungsgeld als auch die Elternzeit zu nennen. Die Bewilligung dieser Geldleistungen übernimmt die Bundesanstalt für

<sup>29</sup> Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; 2003, S. 18ff.

<sup>30</sup> Art. 20 (1) GG: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Aus: Hesselsberger; 1999, S. 171.

<sup>31</sup> Creifelds; 1996, S. 1125.

<sup>32</sup> Nohlen; 2001, S. 463.

<sup>33</sup> Creifelds; 1996, S. 1127.

<sup>34</sup> Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; 2003, S. 43ff.

<sup>35</sup> Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; 2001, S. 81.

<sup>36</sup> Vgl.: Mrozyński; 1995, S. 7.

<sup>37</sup> Art. 6 GG: (1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. (2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft. Aus: Hesselsberger; 1999, S. 104.

<sup>38</sup> Vgl.: Bley/Kreikebohm/Marschner; 2001, S. 314.

Arbeit respektive die dort eingerichteten Familienkassen sowie Einrichtungen der Länder – in Rheinland-Pfalz das Jugendamt und im Saarland das Landesamt für Jugend, Soziales und Versorgung. Der Freibetrag wird über das Finanzamt abgewickelt.<sup>39</sup>

Das **Wohngeld** dient ebenfalls dazu, finanzielle Überlastungen eines Haushaltes zu vermeiden, und wird als „staatlicher Zuschuss zu den Kosten für Wohnraum“<sup>40</sup> begriffen. Die Leistungen sind aufgeteilt in einen Lasten- und einen Mietzuschuss. Bewilligt wird die Gewährung von Wohngeld von der Wohngeldstelle der Gemeinde-, Stadt-, Amts- oder Kreisverwaltung.<sup>41</sup>

## 2.5 soziale Entschädigung

Die **soziale Entschädigung** umfasst im Wesentlichen die Kriegsopferversorgung oder Impfschäden. Da den Grenzgänger weder die Kriegsopferversorgung noch Impfschäden tangieren, bleibt dieser Zweig der sozialen Sicherung in der Informationsplattform unberücksichtigt.

## 2.6 Fazit

Trotz des hohen Grades an Funktionalität, die eine Einteilung des Sozialrechts in verschiedene Bereiche aufweist, ist die Zuordnung problematisch. Auf diese Problematik verweist Mrozynski im allgemeinen Teil des ersten Sozialgesetzbuchs. Die im Einzelnen definierten Aspekte lassen sich nicht nur unter einem Zweig der sozialen Sicherung einordnen. So kann die Arbeitsförderung einerseits als Sozialversicherung gelten, sie kann aber andererseits genauso unter den Aspekt der Sozialförderung subsumiert werden.<sup>42</sup>

---

<sup>39</sup> Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; 2003, S. 3ff.

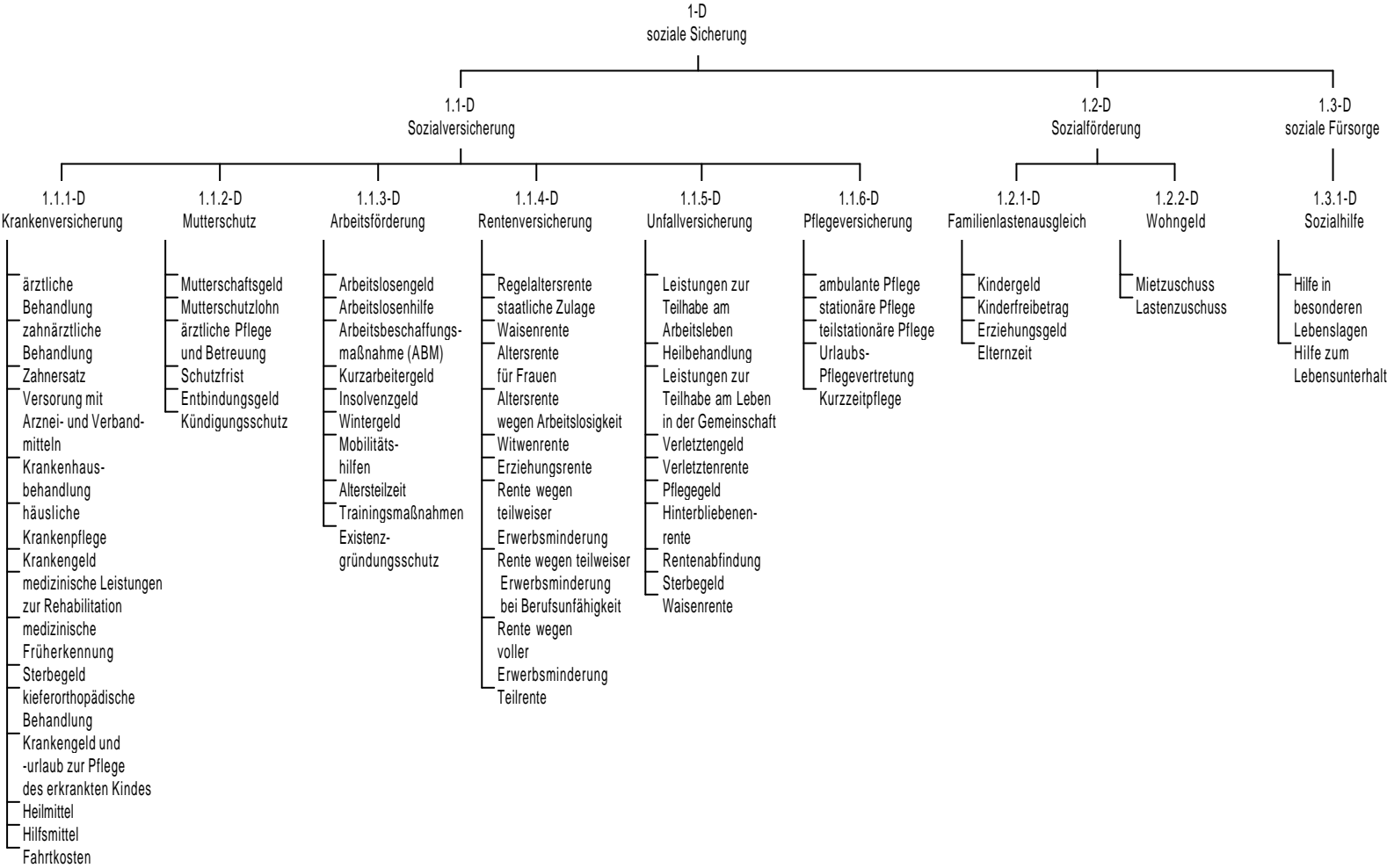
<sup>40</sup> Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; 2003, S. 54ff.

<sup>41</sup> Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; 2001, S. 76ff.

<sup>42</sup> Vgl.: Mrozynski; 1995, S. 7.



## 2.7 Die Termini des deutschen Systems im Überblick



## 2.8 Die Institutionen im deutschen System

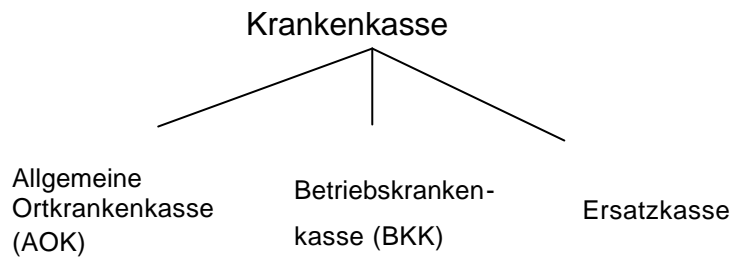
### 1-D Soziale Sicherung

#### 1.1-D Sozialversicherung

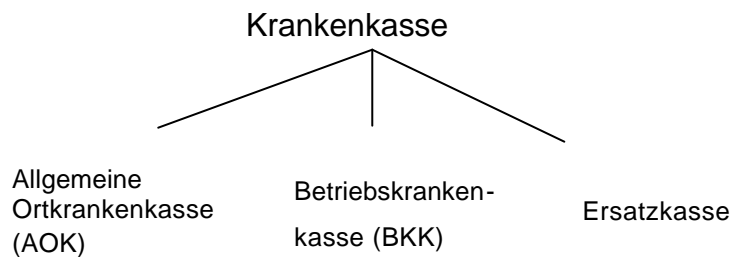
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)

Landesversicherungsanstalt (LVA)

#### 1.1.1-D Krankenversicherung



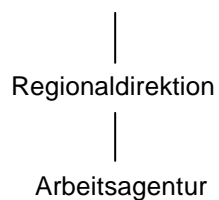
#### 1.1.2-D Mutterschaft



Arbeitgeber

#### 1.1.3-D Arbeitsförderung

Bundesagentur für Arbeit



#### 1.1.4-D Rentenversicherung

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)

Landesversicherungsanstalt (LVA)

### **1.1.5-D Unfallversicherung**

Berufsgenossenschaft

Unfallversicherungskassen und -verbände der öffentlichen Hand

### **1.1.6-D Pflegeversicherung**

Pflegekasse

Medizinischer Dienst

### **1.2-D Sozialförderung**

#### **1.2.1-D Familienlastenausgleich**

Familienkasse

Finanzamt

Jugendamt

Landesamt für Jugend, Soziales und Versorgung

#### **1.2.2-D Wohngeld**

Wohngeldstelle

### **1.3-D Soziale Fürsorge**

#### **1.3.1-D Sozialhilfe**

Sozialamt

### 3. Die Begrifflichkeit der sozialen Sicherung in Frankreich

#### 3.1 Sécurité sociale

Grundsätzlich muss bei der Betrachtung des französischen Systems der sozialen Sicherung berücksichtigt werden, dass nebeneinander verschiedene Regime existieren, die sich hinsichtlich soziokultureller Kategorien differenzieren.<sup>43</sup> So kann zwischen einem Régime général, einem Régime agricole und arbeitgeberspezifischen Régimes spéciaux unterschieden werden. Bei der SNCF, der EDF oder bei Gaz de France Beschäftigte sind über solche arbeitgeberabhängigen Régimes spéciaux geschützt.<sup>44</sup> Im Régime agricole sind, wie der Name schon verdeutlicht, die im Agrarbereich Tätigen pflichtversichert. Das Régime générale kann als Basisregime<sup>45</sup> angesehen werden, da es 80% der Bevölkerung<sup>46</sup> versorgt. Deshalb bildet es den Ausgangspunkt der gegenwärtigen Untersuchung. Eine Besonderheit dieses Systems liegt darin, dass es einerseits eine gesetzlich vorgeschriebene Pflichtversicherung und andererseits eine obligatorische Kranken- und Rentenzusatzversicherung vorsieht. Im Folgenden werden die Pflichtversicherungen erörtert, wobei auf die obligatorische Zusatzversicherung insbesondere hinsichtlich der Renten verwiesen wird.

Auch im Französischen ist der Terminus **Sécurité sociale** nicht eindeutig gefasst. Bei der Analyse des französischen Systems der sozialen Sicherung ist auffällig, dass außer dem Begriff Sécurité sociale auch die Begriffe Protection sociale und Risques sociaux eine zentrale Rolle spielen. Kessler definiert **Protection sociale** als

« combinaison de diverses techniques de prise en charge de risques sociaux et de besoins sociaux à un moment donné ». <sup>47</sup>

Das bedeutet, dass mittels einer Kombination von Maßnahmen, die sozialen Risiken und Bedürfnisse abgeschwächt werden. Dabei werden jegliche zukünftige sowie unsichere Ereignisse, die schwerwiegende Auswirkungen auf die soziale Situation eines Individuums haben, als **Risques sociaux** klassifiziert. Zu diesen Risiken gehören Krankheit, Arbeitsunfall, Alter, Arbeitslosigkeit, Berufskrankheiten sowie Einkommensminderung durch Familie, Mutterschaft, Invalidität oder Tod<sup>48</sup>, die mittels des Regelwerkes des Rechts der Protection sociale garantiert werden.<sup>49</sup>

Die Sécurité sociale stellt den Kern der Protection sociale dar. Sie wird als System verstanden, das die Protection sociale garantiert<sup>50</sup> und durch welches im Falle eines Eintretens sozialer Risiken konkrete Leistungen bewilligt werden. Im Code de la Sécurité sociale Art. L. 111-1 wird Sécurité sociale folgendermaßen festgelegt:

« Elle garantit les travailleurs et leur famille contre les risques de toute nature susceptibles de réduire ou de supprimer leur capacité de gain. Elle couvre également les charges de maternité et les charges de famille. »<sup>51</sup>

Dieses System der Sécurité sociale basiert einerseits auf Versicherungen, den Assurances sociales, und andererseits auf einer Art Fürsorge, der Assistance sociale. Der Quid nimmt sogar eine Dreiteilung vor und nennt Promotion sociale als dritten Ast der Sécurité sociale.<sup>52</sup> Unter

<sup>43</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 65.

<sup>44</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 65ff.

<sup>45</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 151.

<sup>46</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 149.

<sup>47</sup> Kessler; 2000, S. 1ff.

<sup>48</sup> Vgl.: Chauchard; 1998, S. 8f.

<sup>49</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 3.

<sup>50</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 4.

<sup>51</sup> Bouzez/Chele/Pétel-Teyssié/Alliot/Cesaro/Morvan/Prétot/Teyssié; 2000, S. 1.

<sup>52</sup> Vgl.: Frémy/Frémy; 1998, S. 1361.

Promotion sociale wird die einem Arbeitnehmer einzuräumende Möglichkeit erfasst, im Laufe seiner Erwerbstätigkeit eine höhere Qualifikation zu erlangen.<sup>53</sup> Nach Guillien und Vincent ist die Promotion sociale allerdings dem Arbeitsrecht zuzuordnen. Da jedoch unterstellt werden kann, dass Weiterqualifikation von berufs- und firmenspezifischen Faktoren determiniert ist, bleibt dieser Bereich unberücksichtigt.

Für Chauchard gilt die Assistance als Möglichkeit, die sozialen Risiken zu mindern. Er versteht sie als Vorläufer der Aide sociale, da sie auf dem Solidaritätsprinzip basiert und denen Leistungen zugesteht, deren Ressourcen besonders gering sind.<sup>54</sup>

### 3.2 Assurances sociales

Unter **Assurance sociale** lassen sich schließlich Pflichtversicherungen wie Assurance-maladie, Assurance-maternité, Assurance-invalidité subsumieren. Zwischen den Termini Assurance sociale und Assistance sociale können Unterscheidungsmerkmale hinsichtlich ihrer Finanzierung festgestellt werden: Assurance sociale steht für eine Beitragsfinanzierung der Versicherten, während die Leistungen der Assistance sociale aus öffentlichen Geldern erbracht werden. Da diese Einteilung in der Literatur jedoch weder durchgehend noch detailliert zu finden ist und Uneinheitlichkeit und Ungenauigkeit der Definition zurückbleibt, wird auf eine solche Untergliederung verzichtet. Folglich setzt sich der Umfang des Terminus Sécurité sociale zusammen aus: Assurance-maladie, Assurance-maternité, Assurance-chômage, Régime de solidarité, Assurance-vieillesse, Assurance-accident du travail et maladies professionnelles, Assurance-invalidité, Prestations familiales und Aide sociale.

Die **Assurance-maladie** ist eine

« assurance sociale qui compense dans une certaine mesure, par un revenu de remplacement, la perte du salaire subie par l'assuré que la maladie ou l'accident empêche de travailler : elle verse des prestations en espèce. Elle permet à l'assuré social de faire face à certaines dépenses médicales et paramédicales nécessitées par son état ou celui des proches à sa charge : elle alloue des prestations en nature. »<sup>55</sup>

Zu den angesprochenen Geld- und Sachleistungen zählen: indemnité journalière maladie, paiement du médecin, frais d'hospitalisation, soins dentaires, médicaments, lunettes, prothèses auditives, frais de transport sowie cures thermales.<sup>56</sup> Leistungsgewährende Institutionen sind die Krankenkassen: auf nationaler Ebene die Caisse Nationale de l'Assurance Maladie des Travailleurs Salariés (CNAMTS), auf regionaler Ebene die Caisse régionale d'assurance maladie (CRAM) sowie auf Departementebene die Caisse primaire d'assurance maladie (CPAM).<sup>57</sup> Da die Leistungen jedoch sehr niedrig sind, ist eine Zusatzkrankenversicherung zu empfehlen. Leistungen selbiger trägt die Mutuelle.

Die **Assurance-maternité** hat zum Ziel,

« la protection des femmes enceintes et de leurs (futurs) enfants »<sup>58</sup>.

Diese Pflichtversicherung bei Mutterschaft gesteht der werdenden Mutter folgende Geld- und Sachleistungen zu: soins médicaux, congé de maternité und indemnité journalière.<sup>59</sup> Diese Zuwendungen gehören zum Zuständigkeitsbereich der Krankenkassen. Die Assurance-maternité wird auch im Zusammenhang mit der Assurance-maladie genannt und mit dem Terminus

<sup>53</sup> Vgl.: Guillien/Vincent; 1999, S. 422.

<sup>54</sup> Vgl.: Chauchard; 1998, S. 3ff.

<sup>55</sup> Kessler; 2000, S. 166.

<sup>56</sup> Vgl.: Frémy/Frémy; 2003, S. 1684ff, [www.ameli.fr](http://www.ameli.fr)

<sup>57</sup> Vgl.: <http://www.ameli.fr/134/DOC/245/fiche.html>. (04.06.2004)

<sup>58</sup> Vgl.: Kessler; 2001, S. 193.

<sup>59</sup> Vgl.: Frémy/Frémy; 2003, S. 1686, [www.ameli.fr](http://www.ameli.fr)

Assurance-maladie-maternité zusammenfassend abgebildet. Dies ist damit zu erklären, dass der Schutz der werdenden Mutter und des Kindes mit der Gesundheit der beiden interagiert. Da die Termini Assurance-maladie und Assurance-maternité nebeneinander existieren, ist eine getrennte Betrachtung beider notwendig. Die Zuordnung der Mutterschaftsversicherung zum Gesundheitsbereich ist jedoch nicht allgemein gültig, denn sie kann auch der Familienpolitik<sup>60</sup> zugeschrieben werden.

Die mit einer Arbeitslosigkeit einhergehenden finanziellen Verluste werden durch ein duales System – **Assurance-chômage** und **Régime de solidarité** – gemindert.

Einigen Autoren zufolge gehört der Begriff *Assurance-chômage* nicht zum Sozialrecht, sondern ist im Arbeitsrecht integriert. Somit unterläge die Arbeitslosenversicherung nicht der sozialen Sicherung.<sup>61</sup> Andere Autoren betonen hingegen, dass das Risiko der Arbeitslosigkeit von der Protection sociale abgedeckt wird.<sup>62</sup> Da aber der Terminus Sécurité sociale als System definiert wurde, welches die Protection sociale sicherstellt, ist der Ansatz, dass die Arbeitslosenversicherung ein Bestandteil der Sécurité sociale ist, legitim. Außerdem nennt die Internationale Arbeitsorganisation in ihrer Konvention Nr. 102 Arbeitslosigkeit als eines der Risiken, das die soziale Sicherung abdecken sollte.<sup>63</sup> Die Assurance-chômage ist eine beitragsfinanzierte Pflichtversicherung, die im Falle einer Arbeitslosigkeit hauptsächlich finanzielle Unterstützung bietet.<sup>64</sup> Zu den von der Arbeitslosenversicherung erbrachten Leistungen gehören: allocation de chômage partiel, plan d'aide au retour à l'emploi (Pare), allocation d'aide au retour à l'emploi, indemnité d'intempérie, allocation spécifique de conversion (ASC), allocation de préretraite progressive (PRP) sowie allocation de préretraite licenciement.<sup>65</sup> Die finanziellen Unterstützungsleistungen übernimmt die Association pour l'emploi dans l'industrie et le commerce, die ASSEDIC<sup>66</sup>, für den Pare ist die ANPE<sup>67</sup> zuständig.

Kennzeichen des *Régime de solidarité* ist im Gegensatz zur Assurance-chômage die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln.<sup>68</sup> Kessler charakterisiert selbiges auch als „régime-balai“, da es Personen auffängt, deren Anspruch auf Leistungen der Assurance-chômage erloschen ist oder die die Voraussetzungen zum Leistungserhalt nicht erfüllen. Es beinhaltet die allocation de solidarité spécifique (ASS), allocation équivalent retraite sowie die allocation d'insertion (AI).<sup>69</sup> Diese Zuwendungen werden von der Direction Départemental du Travail, de l'Emploi et de la Formation Professionnelle (DDTEFP)<sup>70</sup> bewilligt.<sup>71</sup>

Im Alter schützt die **Assurance-vieillesse** vor Armut.

Elle « accorde une pension aux personnes qui justifient d'une certaine durée d'assurance et qui partent à la retraite. »<sup>72</sup>

Die im Régime général verankerte Assurance-vieillesse umfasst nicht nur Rentenzahlungen für Arbeitnehmer, sondern auch eine Reihe von solidarischen Maßnahmen.<sup>73</sup> So werden neben einer pension de retraite auch eine allocation de veuvage, eine retraite de réversion, eine pension de vieillesse de veuf ou de veuve, eine pension d'orphelin sowie eine retraite progressive übernommen. Außerdem bietet sie die Möglichkeit eines Vorruhestandes durch die préretraite und die préretraite progressive. Zuständige Institution für die Rentenversicherung des Régime général ist die Caisse Nationale d'Assurance Vieillesse der Travailleurs Salariés

<sup>60</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 193.

<sup>61</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 64.

<sup>62</sup> Vgl.: Blum-Boisgard/Serruys. In: La revue du praticien 2000, Heft 50, S. 1460.

<sup>63</sup> Vgl.: Blum-Boisgard/Serruys. In: La revue du praticien 2000, Heft 50, S. 1459.

<sup>64</sup> Vgl.: Guillien/Vincent; 1999, S. 49.

<sup>65</sup> Vgl.: Frémy/Frémy; 2003, S. 1671ff.

<sup>66</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 109.

<sup>67</sup> Vgl.: Frémy/Frémy; 2001, S. 1711

<sup>68</sup> Vgl.: Guillien/Vincent; 1999, S. 49.

<sup>69</sup> Vgl.: Frémy/Frémy; 2003, S. 1671ff.

<sup>70</sup> Vgl.: [www.travail.gouv.fr/minstere/ddtefp.html](http://www.travail.gouv.fr/minstere/ddtefp.html); sowie Kessler; 2000, S. 109.

<sup>71</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 263ff.

<sup>72</sup> Guillien/Vincent; 1999, S. 50.

<sup>73</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 204.

(CNAVTS).<sup>74</sup> Da die ausgezahlten Renten des Régime général sehr niedrig sind<sup>75</sup>, ist jeder ihr angehörende Versicherte dazu verpflichtet, eine Zusatzversicherung abzuschließen, damit im Alter der Lebensstandard durch eine ergänzende Rente absichert ist.<sup>76</sup> Die Zahlung der Rente für höhere Angestellte (rente complémentaire des cadres) obliegt der Association Générale d'Institutions de Retraites des Cadres (AGRIC), ein Verbund der Versicherungsgesellschaften. Andere Arbeitnehmer erhalten eine rente complémentaire non-cadre, deren Auszahlung zum Kompetenzbereich der Association des Régimes de Retraites Complémentaires (ARRCO) gehört.

Die Gefahren, die Arbeits- und Wegeunfälle sowie Berufskrankheiten bergen, mindert die **Assurance-accident du travail et maladies professionnelles**.

Elle « organise non seulement un mécanisme d'indemnisation, mais également des mesures de réadaptation et/ou de rééducation. »<sup>77</sup>

Leistungen, die in diesen Fällen übernommen werden, sind: réadaptation fonctionnelle, rééducation professionnelle/reclassement, indemnité journalière, rente d'incapacité permanente, paiement du médecin, frais d'hospitalisation, médicaments sowie prothèses et appareillages. Träger der Unfallversicherung ist die Commission des accidents du travail et des maladies professionnelles.<sup>78</sup>

Einer Arbeitsminderung respektive einem Arbeitsausfall, der durch Invalidität bedingt ist, trägt die **Assurance-invalidité** Sorge. Diese untersteht dem Gesundheitsbereich und wird von der Krankenkasse getragen. Diese Invaliditätsversicherung

« accorde une pension aux assurés ayant subi de manière durable une réduction de leur capacité de travail. »<sup>79</sup>

Bei einer aus Krankheit oder Unfall resultierenden Arbeitsunfähigkeit, die unabhängig von der Berufsausübung eingetreten ist<sup>80</sup>, wird dem Anwärter eine pension d'invalidité<sup>81</sup> gezahlt.

Die aus Familiengründung resultierende finanzielle Mehrbelastung wird durch die **Prestations familiales** auszugleichen versucht. Deshalb gewährt die Caisse Nationale des Allocations Familiales (CNAF) sowie die Caisse d'Allocations Familiales (CAF) dem Arbeitnehmer Familienbeihilfen.<sup>82</sup> Im Großen und Ganzen ist das Hauptanliegen, die Gesundheit des Kindes zu schützen sowie ihm eine gute Ausbildung sicherzustellen.<sup>83</sup>

Unter die Leistungen fallen alle, von den genannten Institutionen zu gewährenden und im Code de la sécurité sociale niedergeschriebenen Zuzahlungen<sup>84</sup> wie complément familial, allocation familiale, allocation de garde enfant à domicile, allocation de logement à caractère social et familial, allocation de rentrée scolaire, prestation d'accueil du jeune enfant (PAJE), allocation pour jeune enfant (APJE), allocation d'éducation spéciale, allocation aux adultes handicapés (AAH), allocation d'adoption, allocation parentale d'éducation (APE), allocation au parent isolé (API), aide à la famille pour l'emploi d'une assistance maternelle (Afeama), assurance vieillesse des parents au foyer sowie prime de déménagement.<sup>85</sup> Aus Gründen der Wichtigkeit für den potentiellen Benutzer werden auch der congé parental d'éducation sowie der congé de paternité

<sup>74</sup> Vgl.: Frémy/Frémy; 2003, S. 1688ff sowie <https://www.retraite.cnaf.fr/>.

<sup>75</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 204.

<sup>76</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 98ff; sowie Arbeitskammer des Saarlandes; 1999, S. 60f.

<sup>77</sup> Kessler; 2000, S. 221.

<sup>78</sup> Vgl.: Frémy/Frémy; 2003, S. 1686; sowie [www.ameli.fr](http://www.ameli.fr).

<sup>79</sup> Guillien/Vincent; 1999, S. 49.

<sup>80</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 196.

<sup>81</sup> Vgl.: Frémy/Frémy; 2003, S. 1686.

<sup>82</sup> Vgl.: <http://www.ameli.fr/134/DOC/229/fiche.html?page=3> (04.06.2004).

<sup>83</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 159.

<sup>84</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 251f.

<sup>85</sup> Vgl.: Frémy/Frémy; 2003, S. 1687 sowie [www.caf.fr](http://www.caf.fr).

aufgenommen, obwohl sie eigentlich dem Arbeitsrecht zugeordnet sind.<sup>86</sup> Ihr inhaltlicher Zusammenhang zu den Familienleistungen ist jedoch unbestritten.

Außer diesen die oben angeführten Risiken abdeckenden Zweige existiert auch eine **Aide sociale**, die Personen, deren Einkünfte nicht ausreichend sind, absichert.<sup>87</sup> Leistungen wie *revenu minimum d'insertion (RMI)*<sup>88</sup>, *prestations spécifiques de dépendance (PSD)* sowie *aide à domicile*<sup>89</sup> werden von der *Commission locale d'insertion* bzw. vom *Conseil départemental* getragen und über öffentliche Gelder finanziert. Die angeführten Leistungen sind als Auswahl zu betrachten, denn Ziel ist es nicht, die *Aide sociale* in ihrer Vollständigkeit zu erfassen. Dem Leser soll lediglich die Möglichkeit eingeräumt werden, sich einen Gesamtüberblick über die soziale Sicherung in Frankreich zu verschaffen.

### 3.3 Fazit

Wie auch für das deutsche System ist für die französische soziale Sicherung festzustellen, dass eine solche Einteilung in Bereiche der sozialen Sicherung notwendig ist, aber auch Probleme hinsichtlich der Zuordnung aufwirft. Aus diesem Grund kann es keine einheitliche bzw. allgemeingültige Einteilung geben.

---

<sup>86</sup> Vgl.: Frémy/Frémy; 2001, S. 1697f.

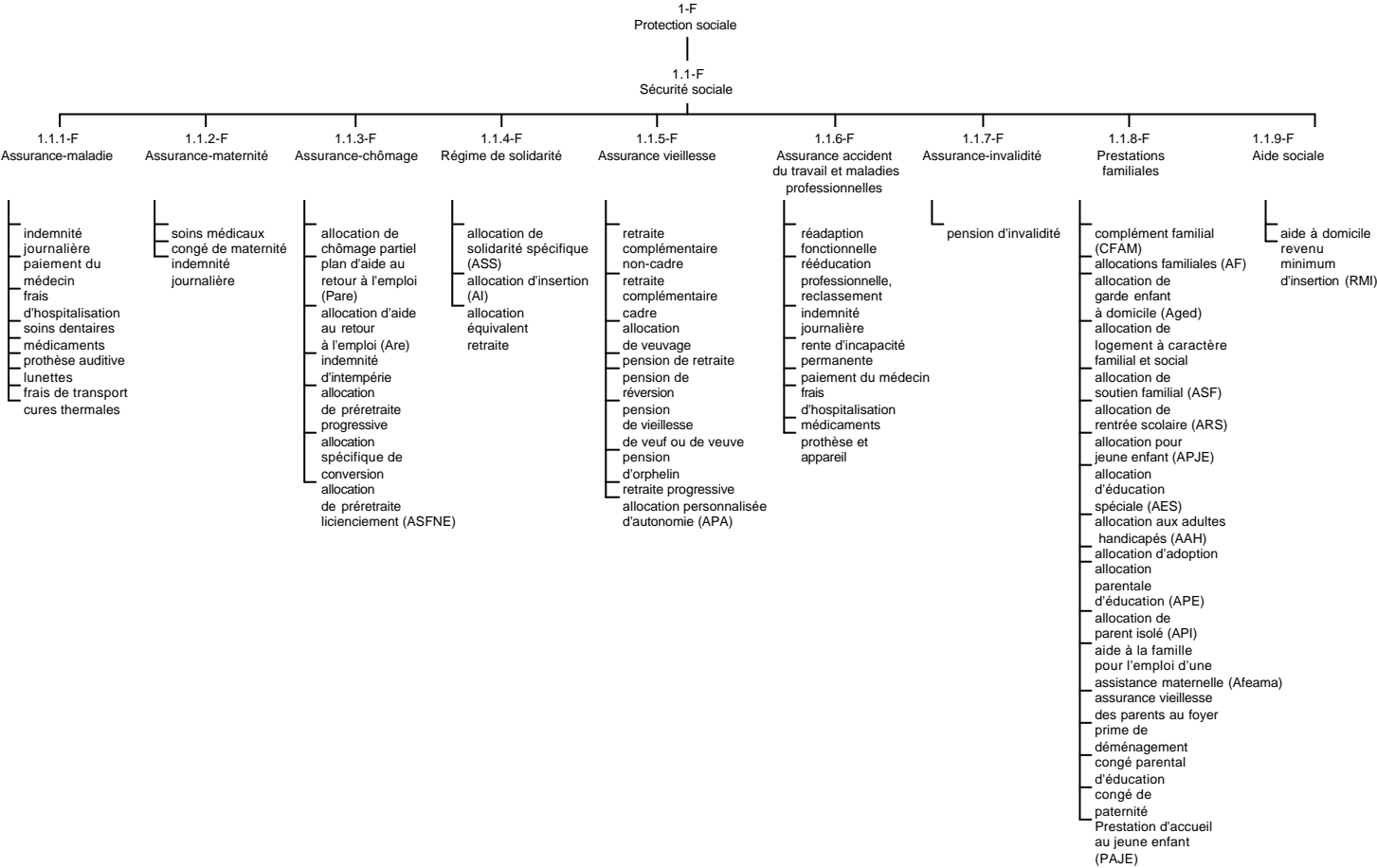
<sup>87</sup> Vgl.: INSEE; 1999, S. 193.

<sup>88</sup> Vgl.: Kessler; 2000, S. 117.

<sup>89</sup> Vgl.: Frémy/Frémy; 2003, S. 1687.



### 3.4 Die Termini des französischen Systems im Überblick



### 3.5 Die Institutionen im französischen System

#### 1-F Protection sociale

#### 1.1-F Sécurité sociale

Agence Centrale des Organismes de Sécurité Sociale (ACOSS)

Union de recouvrement des cotisations de sécurité sociale et d'allocations familiales (URSSAF)

#### 1.1.1-F Assurance-maladie

Caisse Nationale de l'Assurance Maladie des Travailleurs Salariés (CNAMTS)

Caisse régionale d'assurance maladie (CRAM)

Caisse primaire d'assurance maladie (CPAM)

Mutuelle

Service de contrôle médical

#### 1.1.2-F Assurance-maternité

Caisse Nationale de l'Assurance Maladie des Travailleurs Salariés (CNAMTS)

Caisse régionale d'assurance maladie (CRAM)

Caisse primaire d'assurance maladie (CPAM)

#### 1.1.3-F Assurance-chômage

Association pour l'emploi dans l'industrie et le commerce (ASSEDIC)

Agence nationale pour l'emploi (ANPE)

Agence locale

ANPE cadre

#### **1.1.4-F régime de solidarité**

Direction Départementale du Travail, de l'Emploi et de la Formation Professionnelle  
(DDTEFP)

#### **1.1.5-F Assurance-vieillesse**

Caisse Nationale d'Assurance Vieillesse des Travailleurs Salariés (CNAVTS)  
Association des Régimes de Retraites Complémentaires (ARRCO)  
Association Générale d'Institutions de Retraites des Cadres (AGRIC)

#### **1.1.6-F Assurance accident du travail et maladies professionnelles**

Commission des accidents du travail et des maladies professionnelles

#### **1.1.7-F Assurance-invalidité**

Caisse Nationale de l'Assurance Maladie des Travailleurs Salariés (CNAMTS)

|  
Caisse régionale d'assurance maladie (CRAM)

|  
Caisse primaire d'assurance maladie (CPAM)

#### **1.1.8-F Prestations familiales**

Caisse Nationale des Allocations Familiales (CNAF)

|  
Caisse d'allocations familiales (CAF)

#### **1.1.9-F Aide sociale**

Conseil départemental  
Commission locale d'insertion

## 4. Die Begrifflichkeit der sozialen Sicherung in Luxemburg

### 4.1 Protection sociale

Analog der Gliederung des französischen Sozialrechts stellt der Terminus **Protection sociale** den Ausgangspunkt luxemburgischer Sozialgesetzgebung dar. Im Unterschied zum französischen System sind jedoch die *Sécurité sociale* sowie die *Assistance sociale* Bestandteile der *Protection sociale*. Somit kann die *Sécurité sociale* nicht allein, sondern nur in Kombination mit der *Assistance sociale* als das System verstanden werden, das die *Protection sociale* gewährleistet. Leider wird der Terminus *Protection sociale* in der Literatur nicht weiter spezifiziert.

Der Terminus **Sécurité sociale** steht in engem Zusammenhang mit *Risques sociaux*, da er die Gesamtheit der Maßnahmen zur Eindämmung der Konsequenzen sozialer Risiken repräsentiert. In Anlehnung an die Konvention Nr. 201 der internationalen Arbeitsorganisation, die die Risiken Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter, Arbeitsunfall und Berufskrankheit, Mutterschaft, Invalidität und Familie auflistet, konkretisiert die luxemburgische Sozialgesetzgebung Schutzmaßnahmen im *Code des Assurances sociales*.

Obwohl der Terminus **Assurance sociale** in Luxemburg gebräuchlich ist, ist er in der zugrunde gelegten Literatur nicht definiert beziehungsweise sind ihm keine Zweige der sozialen Sicherung untergeordnet. Deshalb wird auf ihn in der vorliegenden Untersuchung nicht weiter eingegangen.

Demzufolge kann der Terminus **Sécurité sociale** definiert werden als ein Teilsystem der *Protection sociale*, das durch bestimmte vom Gesetzgeber festgelegte Maßnahmen vor sozialen Risiken schützt. Zum Zweck des Schutzes sind diese Maßnahmen analog der Risiken, die sie zu mindern suchen, in *Assurance maladie-maternité*, *Fonds pour l'emploi*, *Assurance pension*, *Assurance accident*, *Assurance dépendance* sowie *Prestations familiales* eingeteilt.

In Artikel 8 des *Code des Assurances sociales* sind die Aufgaben und Zielsetzungen der **Assurance maladie-maternité** festgelegt:

- « L'assurance a principalement pour objet:
- le paiement d'une indemnité pécuniaire de maladie;
  - la prise en charge des soins de santé;
  - la prise en charge des prestations de maternité;
  - le paiement d'une indemnité funéraire. »<sup>90</sup>

Gesundheitsmaßnahmen – oben unter *soins de santé* zusammengefasst – lassen sich weiter aufschlüsseln in: *choix du médecin*, *frais du médecin*, *soins hospitaliers*, *médicaments*, *prothèses orthopédiques et acoustiques*, *aides visuelles*, *cures*, *prestations de voyage et de transport*, *rééducation/réadaptation fonctionnelle*, *réadaptation psychiatrique* et *greffe d'organe*.<sup>91</sup> Was die Leistungen im Falle einer Mutterschaft anbetrifft, so umschließt der Begriff *assistance médicale* jegliche medizinische Versorgung bei Schwangerschaft. Ergänzt wird die *assistance médicale* von Leistungen wie *congé pour raison familiale*, *frais des produits diététiques*, *soins d'une sage-femme* et *congé d'accueil*.<sup>92</sup> Träger der *Assurance maladie-maternité* ist die Union des *Caisses de maladie*, die als Verwaltungsorgan der Krankenversicherung betrachtet werden kann. Für Angestellte und Arbeiter gibt es je eigene der Union des *Caisses de maladie* angehörende Krankenkassen: die *caisse de maladie des ouvriers (CMO)*, die *caisse de maladie des employés*

<sup>90</sup> Ministère de la sécurité sociale/Inspection de la sécurité sociale; 2001, S. 36.

<sup>91</sup> Vgl.: Inspection de la sécurité sociale; 2003, S. 117ff

<sup>92</sup> Vgl.: Inspection de la sécurité sociale; 2003, S. 127ff.

privés, die caisse de maladie des ouvriers de l'ARBED<sup>93</sup> sowie die caisse de maladie des employés privés de l'ARBED.<sup>94</sup>

Das Risiko der Arbeitslosigkeit vermag der **Fonds pour l'emploi** abzumildern. Arbeitslosigkeit wird definiert als eine längerfristige unfreiwillige Arbeitsniederlegung, die durch Nicht-Finden einer Arbeitsstelle zustande gekommen ist. Allerdings deckt dieser Fonds nicht nur die sich über einen längeren Zeitraum erstreckende chômage complet ab, wie sie aus der Definition hervorgeht, sondern auch eine „vorrübergehende“ Arbeitslosigkeit – die chômage partiel.<sup>95</sup> Im Falle einer chômage complet gewährt der Fonds finanzielle Unterstützung in Form einer indemnité de chômage und die Möglichkeit zur beruflichen Wiedereingliederung durch eine insertion professionnelle sowie travail d'utilité publique – eine Arbeitsmaßnahme, für welche der Teilnehmer eine indemnité complémentaire erhält.<sup>96</sup> Eine indemnité de compensation soll hingegen die Konsequenzen eines kurzzeitigen Arbeitsausfalls durch angeordnete Kurzarbeit oder den Arbeitsausfall aufgrund schlechten Wetters abfedern. Um die Zuzahlung bei Kurzarbeit und Schlechtwetter voneinander abzugrenzen, wird letztere in Anlehnung an den Code des Assurances sociales mit chômage dû aux intempéries benannt.<sup>97</sup> Neben der vollen und der vorrübergehenden Arbeitslosigkeit birgt auch die Arbeitslosigkeit im Alter ein soziales Risiko. Um ihr entgegenzuwirken, umfasst der Fonds pour l'emploi Formen des Vorruhestands wie préretraite-solidarité, préretraite-ajustement und préretraite-progressive.<sup>98</sup> Träger für die über die Arbeitslosenversicherung geleisteten Zuwendungen ist die Administration de l'Emploi mit ihren örtlichen Bureaux de placement.<sup>99</sup>

In der **Assurance pension** sind die Risiken Alter, Invalidität, Verwitwung und Verwaisung fixiert. Vor dem Hintergrund dieser Aufgabenzusammenfassung ergibt sich auch als Synonym Assurance vieillesse-invalidité et survie. Aufgrund seiner Aufnahme in den Code des Assurances sociales sowie seiner Kürze wird der Terminus Assurance pension als der praktikablere erachtet und bevorzugt. Gemäß des Artikels 182 des Code des Assurances sociales hat die Assurance pension folgendes Ziel:

« L'assurance a principalement pour objet des pensions de vieillesse, d'invalidité et de survie. »<sup>100</sup>

Die pension de vieillesse, die Altersrente, splittet sich nochmals in pension, pension minima und pension maxima auf. Bei Invalidität stehen die zu gewährenden Leistungen in Zusammenhang mit dem Grad der Invalidität. Demzufolge unterscheidet das System der Assurance pension zwischen einer pension d'invalidité temporaire und einer pension d'invalidité permanente. Der Bereich der Verwitwung und Verwaisung enthält die Leistungen pension de survivant und pension d'orphelin.<sup>101</sup> Die für die Zahlungen der Alters-, Witwen- und Waisenrenten zuständigen Institutionen sind die Commission Paritaire des Rentes, die Caisse de pension des employés privés sowie das Établissement d'assurances contre la vieillesse et l'invalidité. Bezüglich des Risikos Invalidität gewährt das Office luxembourgeois des assurances sociales Rentenzahlungen.<sup>102</sup>

Der Zweig der **Assurance accident** deckt sowohl Arbeits- und Wegeunfälle als auch Berufskrankheiten ab. Unter Accident du travail ist die Situation vorzustellen, in welcher sich der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz bei der Verrichtung seiner Aufgaben verletzt. Aber nicht nur am

<sup>93</sup> ARBED ist eine große luxemburgische Industriegruppe, die weltweit agiert.

<sup>94</sup> Vgl.: Inspection de la sécurité sociale; 2000, S. 266ff.

<sup>95</sup> Vgl.: Inspection de la sécurité sociale; 2000, S. 201.

<sup>96</sup> Vgl.: Inspection de la sécurité sociale; 2003, S. 233ff

<sup>97</sup> Vgl.: Inspection de la sécurité sociale; 2000, S. 201ff; sowie Ministère de la sécurité sociale/Inspection de la sécurité sociale; 2001, S. 311.

<sup>98</sup> Vgl.: Ministère de la sécurité sociale/Inspection de la sécurité sociale; 2001, S. 281, S. 299ff.

<sup>99</sup> Vgl.: [www.etat.lu/ADEM/adem.htm](http://www.etat.lu/ADEM/adem.htm).

<sup>100</sup> Ministère de la sécurité sociale/Inspection de la sécurité sociale; 2001, S. 281, S. 101.

<sup>101</sup> Bei näherer Betrachtung ist auffällig, dass alle Leistungen den Terminus *pension* enthalten.

<sup>102</sup> Vgl.: Inspection de la sécurité sociale; 2000, S. 278ff.

Arbeitsplatz, sondern auch auf dem Weg von und zur Arbeit werden die Folgen eines Unfalls von dieser Sozialversicherung getragen. Letzteres wird durch den Terminus *Accident de trajet* belegt. Erleidet der Arbeitnehmer nun eine durch seine Berufstätigkeit ausgelöste Krankheit, eine sogenannte *Maladie professionnelle*, so hat er Anspruch auf die Leistungen der *Assurance accident*.<sup>103</sup> Demnach zielt die *Assurance accident* darauf ab, die durch eine Berufskrankheit, einen Arbeits- oder Wegeunfall erlittenen Einschränkungen zu mindern.<sup>104</sup> Diese Abmilderung der Folgen geschieht mittels medizinischer Maßnahmen und Lohnausgleichszahlungen wie *soins médicaux*, *indemnité pécuniaire*, *rente temporaire* und *rente plénière*.<sup>105</sup> Diese Leistungen werden dem Arbeitnehmer von der *Association d'assurance contre les accidents* zugesichert.<sup>106</sup>

Was die Pflegebedürftigkeit anbetrifft, so wird sie durch die ***Assurance dépendance*** abgedeckt. Der *Inspection de la sécurité sociale* zufolge untersteht sie der *Assurance maladie-maternité*.<sup>107</sup> Da sie begrifflich von selbiger im *Code des Assurances sociales* getrennt ist, soll sie auch hier losgelöst dargestellt werden. Die Hauptaufgabe der *Assurance dépendance* besteht darin, die durch Pflegebedürftigkeit aufkommenden Kosten aufzufangen und auszugleichen. Pflegebedürftigkeit wird nach dem Gesetzgeber inhaltlich festgelegt als:

« l'état d'une personne qui par suite d'une maladie physique, mentale ou psychique ou d'une déficience de même nature a un besoin important et régulier d'assistance d'une tierce personne pour les actes essentiels de la vie. »<sup>108</sup>

Die in der Definition angeführte Wendung „les actes essentiels de la vie“ umfasst Körperhygiene, Ernährung und Mobilität. Fallen in diesen drei Bereichen aufgrund von Pflegebedürftigkeit Mehrkosten an, tritt die *Assurance dépendance* mit folgenden Leistungen ein: *appareil*, *adaptation du logement*, *aidant informel* und *prestations en nature*.<sup>109</sup> Träger dieser Pflegeleistungen sind die Krankenkassen – *Union des Caisses de maladie* und ihre Mitglieder – sowie die *Cellule d'évaluation et d'orientation*, die den Grad der Pflegebedürftigkeit misst.<sup>110</sup>

Ein letzter in dem Begriff *Sécurité sociale* beinhalteter Terminus ist ***Prestations familiales***. In der *Prestations familiales* sind Maßnahmen verankert, die die durch eine Familie respektive ein Kind entstehenden zusätzlichen Kosten kompensieren.<sup>111</sup> Zu diesem Maßnahmenkatalog gehören: *allocations familiales*, *allocation de naissance*, *allocation spéciale supplémentaire pour enfant handicapé*, *allocation d'éducation*, *allocation de rentrée scolaire*, *congé parental* und *allocation de maternité*.<sup>112</sup>

## 4.2 Assistance sociale

Während die *Sécurité sociale* das Basissystem der *Protection sociale* darstellt, kann die ***Assistance sociale*** als Zusatzsystem kategorisiert werden:

« l'assistance sociale est prévue comme un système supplémentaire ("safety net") afin d'aider les personnes qui ne peuvent bénéficier, pour une raison ou une autre, du système principal ou qui en reçoivent des prestations insuffisantes. La prestation a pour objet d'assurer un minimum garanti »<sup>113</sup>.

<sup>103</sup> Vgl.: *Inspection de la sécurité sociale*; 2000, S.122f.

<sup>104</sup> Vgl.: *Ministère de la sécurité sociale/Inspection de la sécurité sociale*; 2001, S. 70.

<sup>105</sup> Vgl.: *Inspection de la sécurité sociale*; 2003, S.145ff.

<sup>106</sup> Vgl.: *Inspection de la sécurité sociale*; 2000, S. 299.

<sup>107</sup> Vgl.: *Inspection de la sécurité sociale*; 2000, S. 1f.

<sup>108</sup> *Ministère de la sécurité sociale/Inspection de la sécurité sociale*; 2001, S. 159.

<sup>109</sup> Vgl.: *Inspection de la sécurité sociale*; 2003, S. 131ff.

<sup>110</sup> Vgl.: *Inspection de la sécurité sociale*; 2000, S. 275ff.

<sup>111</sup> Vgl.: *Inspection de la sécurité sociale*; 2000, S. 189.

<sup>112</sup> Vgl.: *Inspection de la sécurité sociale*; 2003, S. 219ff.

<sup>113</sup> *Inspection de la sécurité sociale*; 2000, S. 7.

Dieser Definition zufolge besteht die Assistance sociale aus dem Revenu minimum garantie – auch RMG. Dieses trägt dazu bei, soziale Exklusion zu vermeiden. Zur Umsetzung dieses Zieles gewährt das Revenu minimum garanti

« des moyens suffisants d'existence ainsi que des mesures d'insertion »

und setzt sich aus zwei Bestandteilen zusammen: eine indemnité d'insertion sowie eine allocation complémentaire.<sup>114</sup>

### 4.3 Fazit

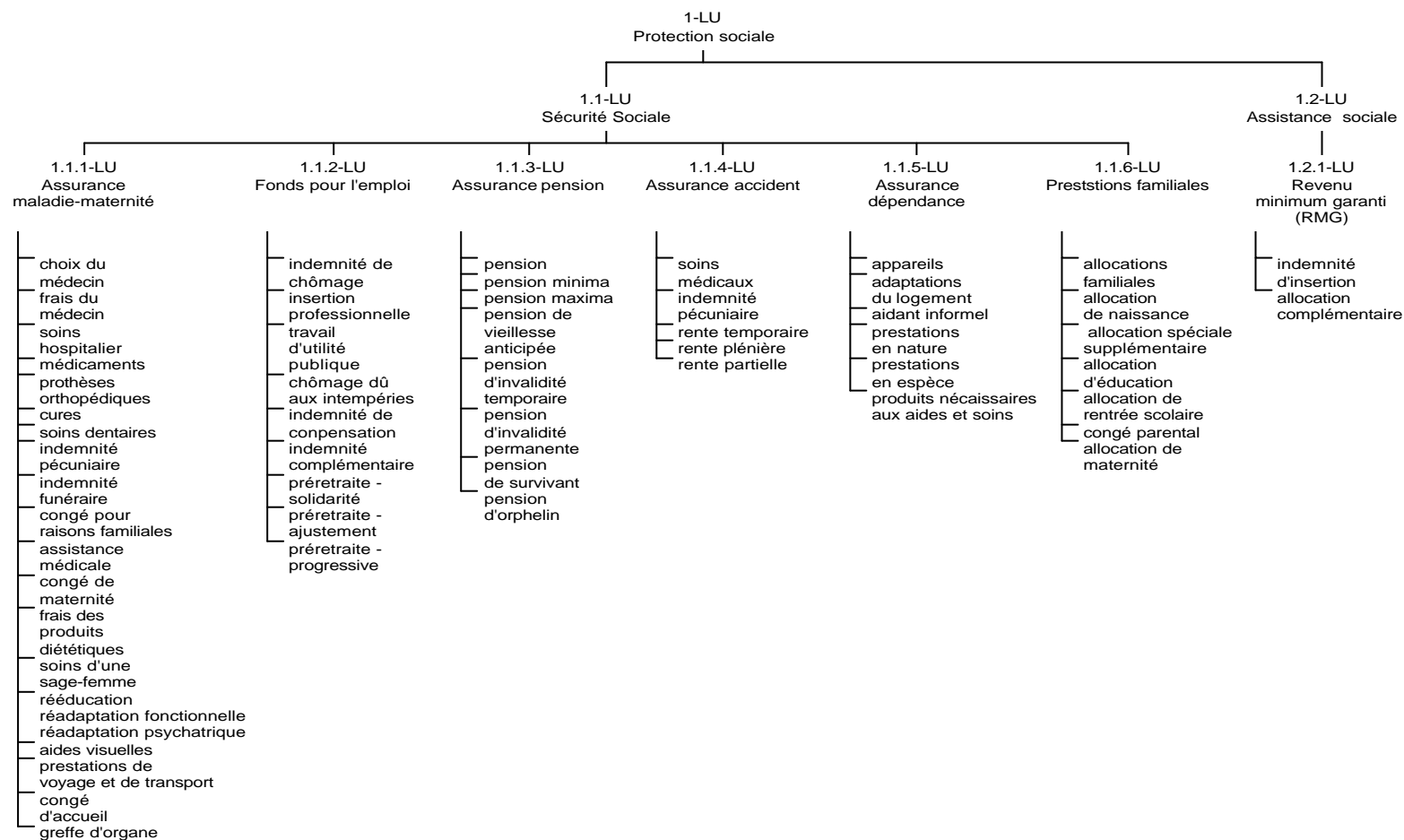
Auf für das luxemburgische System der sozialen Sicherung wurde festgestellt, dass sich zentrale Termini wie Sécurité sociale nicht einheitlich definieren lassen bzw. nicht einheitlich und allgemein verbindlich definiert wurden. Dennoch vermag ein über die zur Verfügung stehenden Definitionen erstellter Plan, einen Überblick zu liefern.

Außerdem lässt ein solcher Plan erst Vergleiche der national verschiedenen Systeme zu.

---

<sup>114</sup> Vgl.: Inspection de la sécurité sociale; 2003, S. 249ff

## 4.4 Die Termini des luxemburgischen Systems





## 4.5 Die Institutionen im luxemburgischen System

### 1-LU Protection sociale

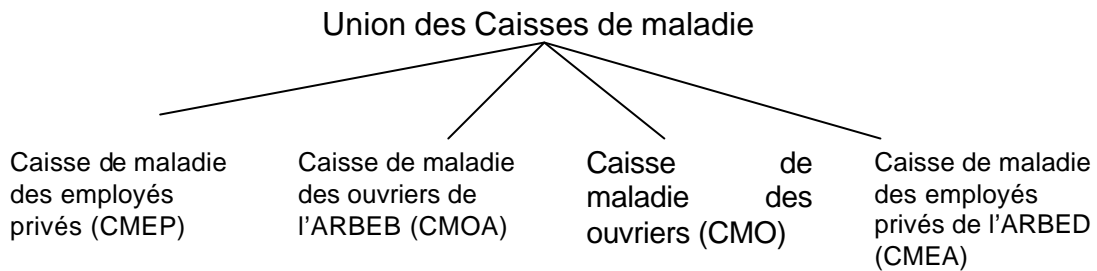
#### 1.1-LU Sécurité sociale

Centre commun de la sécurité sociale

Inspection générale de la sécurité sociale

Contrôle médicale de la sécurité sociale

#### 1.1.1-LU Assurance maladie-maternité



#### 1.1.2-LU Fonds pour l'emploi

Administration de l'Emploi

Bureau de placement public

#### 1.1.3-LU Assurance pension

Commission Paritaire des Rentes

Caisse de pension des employés privés

Établissement d'assurance contre la vieillesse et l'invalidité

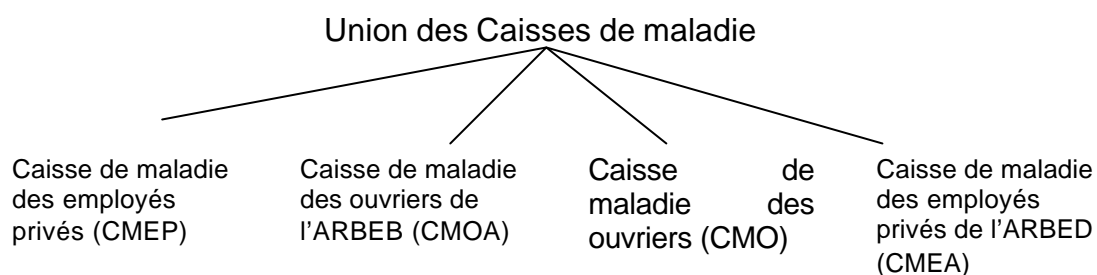
Office luxembourgeois des assurances sociales

---

### 1.1.4-LU Assurance accident

Association d'assurance contre les accidents

### 1.1.5-LU Assurance dépendance



Cellule d'évaluation et d'orientation

### 1.1.6-LU Prestations familiales

Caisses Nationales des Prestations Familiales (CNPF)

Caisse nationale d'Allocations familiales des Travailleurs salariés

## 1.2-LU Assistance sociale

### 1.2.1-LU Revenu minimum garanti

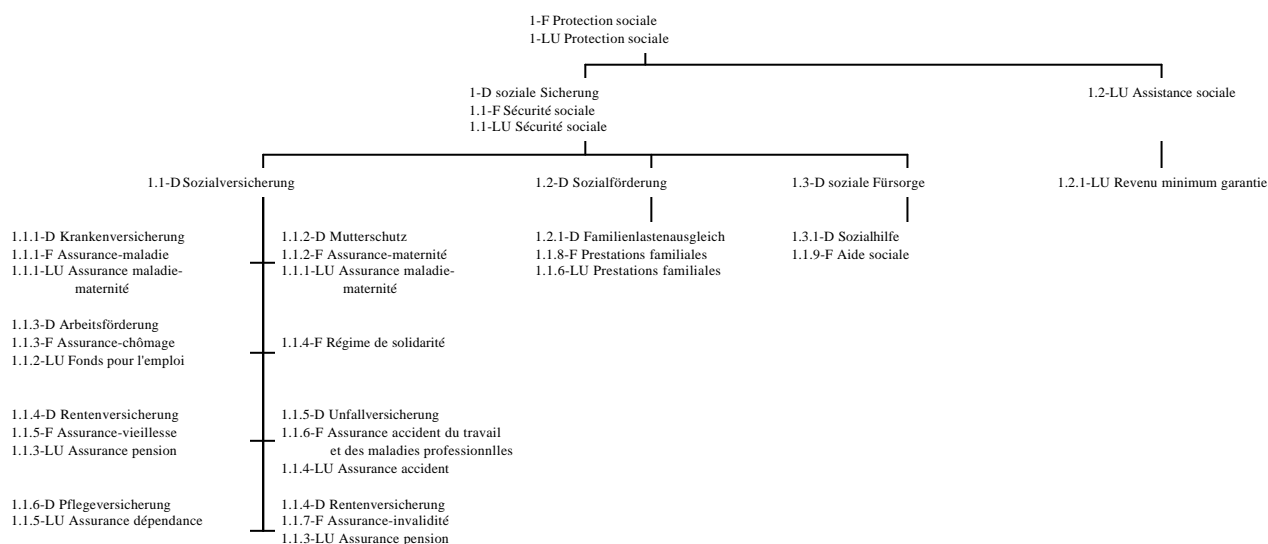
Office social

Fonds national de solidarité

## 5. Vergleichbarkeit

Bei der Betrachtung der Systeme der sozialen Sicherung ist auffällig, dass die Systeme nur bedingt vergleichbar sind, d.h. sie können nur kontrastiv analysiert werden. Auffällig ist, dass die Systeme grundlegend anders aufgebaut sind, sich aber dennoch ähnlich definieren. Denn die Sozialversicherungszweige der drei Länder schützen vor jeweils gleichen Risiken. Jedoch ist die Art wie sie Risiken abdecken, unterschiedlich: Das Risiko Arbeitslosigkeit beispielsweise wird in Frankreich über zwei Zweige – der Assurance-chômage und dem Régime de solidarité – abgedeckt, in Deutschland jedoch nur über die Arbeitsförderung und in Luxemburg den Fonds pour l'emploi zeigt. Nicht nur eine solche Kompetenzverlagerung von einem auf zwei Zweige, sondern auch eine stark divergierende Leistungspalette machen die Systeme inkompatibel: Somit ist es unmöglich auf dieser Ebene der Leistungen Vergleiche vorzunehmen. Insbesondere die unterschiedliche Anzahl an Leistungen der einzelnen Zweige lässt eine unterschiedliche Gewichtung der Systeme vermuten, wie ein Blick auf den Familienlastenausgleich respektive die Prestations familiales verrät. Zwar kann man sagen, dass in allen drei Ländern gewisse Ähnlichkeiten hinsichtlich einiger Leistungen erkennbar sind. So wird beispielsweise in jedem der drei Länder ein „Krankengeld bzw. eine indemnité journalière“ gezahlt. Aber auch in solchen Fällen divergieren die Voraussetzungen, um diese Leistung zu erhalten, sodass dem Vergleich scheinbar ähnlicher Leistungen die Basis entzogen wird (vgl. [www.grenzgaenger.eures-sllr.org](http://www.grenzgaenger.eures-sllr.org) bzw. [www.frontaliers.eures-sllr.org](http://www.frontaliers.eures-sllr.org)).

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass nicht nur durch die Unterschiedlichkeit von Leistungen und Voraussetzungen, sondern auch durch eine Verschiebung von Kompetenzen die Systeme nur bis zu einem gewissen Grad kontrastiv analysiert werden können. Damit geht einher, dass den Sozialversicherungszweigen des einen Landes die der beiden anderen gegenübergestellt werden können. Auf der Ebene der Leistungen jedoch ist eine solche Gegenüberstellung schon nicht mehr möglich.



Aus eben diesem Grund wurden die Leistungen in oben stehende Graphik nicht einbezogen. Es wurde lediglich versucht, die Termini ihren Entsprechungen im anderen Land zuzuordnen.

Eine ähnliche Zuordnung lässt sich für die Institutionen, die für gewisse Zweige der sozialen Sicherung zuständig sind, vornehmen. Allerdings ist diese Zuordnung nicht als Kompetenzvergleich zu werten. Denn das Kompetenzspektrum einer Institution ist genauso wenig dem einer Institution des Nachbarlandes gleichzusetzen wie die Leistungen der sozialen

Sicherungssysteme. Die Zuordnung ist lediglich gültig für die Aufgaben, die diese Institutionen hinsichtlich der sozialen Sicherung wahrnehmen.

	<b>1-F Protection sociale</b>	<b>1-LU Protection sociale</b>
<b>1-D soziale Sicherung</b>	<b>1.1-F Sécurité sociale</b>	<b>1.1-LU Sécurité sociale</b>
<b>1.1-D Sozialversicherung</b>		
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)	Agence Centrale des Organismes de Sécurité Sociale (ACOSS)	Centre commun de la sécurité sociale
Landesversicherungsanstalt (LVA)	Union de recouvrement des cotisations de sécurité sociale et d'allocations familiales (URSSAF)	Inspection générale de la sécurité sociale
		Contrôle médicale de la sécurité sociale
<b>1.1.1-D Krankenversicherung</b>	<b>1.1.1-F Assurance-maladie</b>	<b>1.1.1-LU Assurance maladie-maternité</b>
Krankenkasse	Caisse Nationale de l'Assurance Maladie des Travailleurs Salariés (CNAMTS)	Union des Caisses de maladie
Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK)	Caisse régionale d'assurance maladie (CRAM)	caisse de maladie des employés privés (CMPE)
Betriebskrankenkasse (BKK)	Caisse primaire d'assurance maladie (CPAM)	caisse de maladie des ouvriers de l'ARBED (CMOA)
Ersatzkasse	mutuelle	caisse de maladie des ouvriers (CMO)
	Service de contrôle médical	caisse de maladie des employés privés de l'ARBED (CMEA)

<b>1.1.2-D Mutterschaft</b>	<b>1.1.2-F-I Assurance-maternité</b>	<b>1.1.1-LU Assurance maladie-maternité</b>
Krankenkasse	Caisse Nationale de l'Assurance Maladie des Travailleurs Salariés (CNAMTS)	Union des Caisses de maladie
Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK)	Caisse régionale d'assurance maladie (CRAM)	caisse de maladie des employés privés (CMPE)
Betriebskrankenkasse (BKK)	Caisse primaire d'assurance maladie (CPAM)	caisse de maladie des ouvriers de l'ARBED (CMOA)
Ersatzkasse		caisse de maladie des ouvriers (CMO)
Arbeitgeber		caisse de maladie des employés privés de l'ARBEB (CMEA)
<b>1.1.3-D Arbeitsförderung</b>	<b>1.1.3-F Assurance-chômage</b>	<b>1.1.2-LU Fonds pour l'emploi</b>
Bundesagentur für Arbeit	Association pour l'emploi dans l'industrie et le commerce (ASSEDIC)	Administration de l'Emploi
Regionaldirektion	Agence nationale pour l'emploi (ANPE)	Bureau de placement public
Arbeitsagentur	Agence locale	
	ANPE cadre	
	<b>1.1.4-F régime de solidarité</b>	
	Direction Départementale du Travail, de l'Emploi et de la Formation Professionnelle (DDTEFP)	

<b>1.1.4-D Rentenversicherung</b>	<b>1.1.5-F Assurance- vieillesse</b>	<b>1.1.3-LU Assurance pension</b>
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)	Caisse Nationale d'Assurance Vieillesse des Travailleurs Salariés (CNAVTS)	Commission Paritaire des Rentes
Landesversicherungsanstalt (LVA)	Association des Régimes de Retraites Complémentaires (ARRCO)	Caisse de pension des employés privés
	Association Générale d'Institutions de Retraites des Cadres (AGRIC)	Établissement d'assurance contre la vieillesse et l'invalidité
		Office luxembourgeois des assurances sociales
<b>1.1.5-D Unfallversicherung</b>	<b>1.1.6-F-Assurance accident du travail et maladies professionnelles</b>	<b>1.1.4-LU Assurance accident</b>
Berufsgenossenschaft	Commission des accidents du travail et des maladies professionnelles	Association d'assurance contre les accidents
Unfallversicherungskassen und -verbände der öffentlichen Hand	CPAM	
<b>1.1.6-D Pflegeversicherung</b>		<b>1.1.5-LU Assurance dépendance</b>
Pflegekasse		Union des Caisses de maladie
Medizinischer Dienst		caisse de maladie des employés privés (CMPE)
		caisse de maladie des ouvriers de l'ARBED (CMOA)
		caisse de maladie des ouvriers (CMO)
		caisse de maladie des employés privés de l'ARBED (CMEA)

		Cellule d'évaluation et d'orientation
	<b>1.1.7-F Assurance-invalidité</b>	
	Caisse Nationale de l'Assurance Maladie des Travailleurs Salariés (CNAMTS)	
	Caisse régionale d'assurance maladie (CRAM)	
	Caisse primaire d'assurance maladie (CPAM)	
<b>1.2-D Sozialförderung</b>		
<b>1.2.1-D Familienlastenausgleich</b>	<b>1.1.8-F Prestations familiales</b>	<b>1.1.6-LU Prestations familiales</b>
Familienkasse	Caisse Nationale des Allocations Familiales (CNAF)	Caisses Nationales des Prestations Familiales (CNPf)
Finanzamt	Caisse d'allocations familiales (CAF)	Caisse nationale d'Allocations familiales des Travailleurs salariés
Jugendamt		
Landesamt für Jugend, Soziales und Versorgung		
<b>1.2. 2-D Wohngeld</b>		
Wohngeldstelle		
<b>1.3-D Soziale Fürsorge</b>		
<b>1.3.1-D Sozialhilfe</b>	<b>1.1.9-F Aide sociale</b>	
Sozialamt	Conseil départemental	
	Commission locale d'insertion	
		<b>1.2-LU Assistance sociale</b>
		<b>1.2.1-LU Revenu minimum garanti</b>
		Office social
		Fonds national de solidarité

## 6. *Literaturverzeichnis*

Arbeitskammer des Saarlandes: Die soziale Sicherheit von Grenzgängern – La sécurité sociale des frontaliers; Merzig 1999

Bley, Helmar/Kreikebohm, Ralf/Marschner, Andreas: Sozialrecht; Neuwied 2001

Blum-Boisgard, Claudine/Serruys, Gilbert: Protection sociale. Principaux risques sociaux pris en charge par la Sécurité sociale, mécanismes de financement des dépenses de santé. In: La revue du praticien 2000; Heft 50

Bouzez, Françoise/Chelle, Dominique/Pétel-Teyssié, Isabelle/Alliot, Jean-Luc/Cesaro, Jean-François/ Morvan, Patrick/Prétot, Xavier/Teyssié, Bernard: Code de la sécurité sociale; Paris 2000

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Soziale Sicherung im Überblick; Bonn Juli 2001

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Soziale Sicherung im Überblick; Bonn Juli 2003

Bundeszentrale für politische Bildung: Kontrovers. Soziale Sicherung; Bonn 1994

Bundeszentrale für politische Bildung: Informationen zur politischen Bildung. Der Sozialstaat; Bonn 1987

Chauchard, Jean-Pierre: Droit de la sécurité sociale; Paris 1998

Creifelds, Carl: Rechtswörterbuch; München 1996

EURES-Transfrontalier Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz: EURES Grenzregionen Transfrontalier 2003. Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz; Saarbrücken 2003

Frémy, Dominique/Frémy, Michèle: QUID 2002; Paris 2001

Frémy, Dominique/Frémy, Michèle: QUID 2004; Paris 2003

Guillien, Raymond/Vincent, Jean/Guinchard, Serge/Montagnier, Gabriel: Lexique des termes juridiques; Paris 1999

Hesselsberger, Dieter: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung; Neuwied 1999  
Inspection générale de la sécurité sociale: Aperçu de la sécurité sociale 2000; Luxembourg 2000

Inspection générale de la sécurité sociale: Droit de la sécurité sociale 2003; Luxembourg 2003

INSEE: Annuaire statistique de la France; Paris 1999

Kessler, Francis: Droit de la Protection sociale; Paris 2000

Maydell, Bernd Baron von/Ruland, Franz (Hrsg.): Sozialrechtshandbuch (SRH); Berlin 1996

Ministère de la sécurité sociale/Inspection générale de la sécurité sociale: La Sécurité sociale. Code des Assurances sociales. Lois et règlements; Luxembourg 2001

Mrozynski, Peter: Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil – (SGB I); München 1995



Nohlen, Dieter (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik; München 2001

Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands; Bonn 2001

Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1998; Saarbrücken 1998

Tilch, Horst (Hrsg.): Deutsches Rechts-Lexikon; Band 1-3; München 1992

[www.ameli.fr](http://www.ameli.fr)

[www.bmgs.bund.de/](http://www.bmgs.bund.de/)

[www.bmwi.de](http://www.bmwi.de)

[www.caf.fr](http://www.caf.fr)

[www.die-gesundheitsreform.de](http://www.die-gesundheitsreform.de)

[www.etat.lu/ADEM](http://www.etat.lu/ADEM)

[www.etat.lu/MSS/](http://www.etat.lu/MSS/)

[www.eures-sllr.org](http://www.eures-sllr.org)

[www.legilux.lu](http://www.legilux.lu)

[www.securite-sociale.fr](http://www.securite-sociale.fr)

[www.travail.gouv.fr](http://www.travail.gouv.fr)

[www.retraite.cnaf.fr/](http://www.retraite.cnaf.fr/)

[www.urssaf.fr](http://www.urssaf.fr)